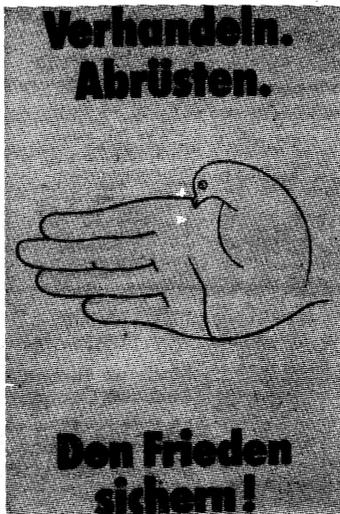


der nuklearen Potentiale Großbritanniens und Frankreichs, ein solches Abkommen als Bestandteil des „Pakets der Übereinstimmungen“ von Reykjavik zu unterzeichnen. Umgehend könnte - so der sowjetische Vorschlag - mit Verhandlungen über die Raketen mit Reichweiten unter 1000 Kilometern begonnen werden, die auf dem derzeitigen Stand eingefroren werden sollten. Gleichzeitig würde auch das Übereinkommen über die Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen im asiatischen Landesteil auf 100 Gefechtsköpfe in Kraft treten, wobei die USA das Recht hätten, auf ihrem Territorium 100 Gefechtsköpfe auf solchen Raketen zu stationieren.

„Wenn die Frage der Mittelstreckenraketen gelöst wird“, erklärte Genosse Erich Honecker in seinem Schlußwort auf der 3. Tagung des Zentralkomitees der SED, „dann besteht auch keine Notwendigkeit mehr, taktische Raketen (unter 1000 km Reichweite) in der DDR zu haben. Dann wäre die Möglichkeit gegeben, dieses Teufelszeug vom Boden der DDR zu entfernen.“

Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Waffen

Im Juni 1986 appellierten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages von Budapest aus an die Mitgliedstaaten der NATO sowie an alle europäischen Länder, zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa beizutragen. Sie schlugen vor, „alle Komponenten der Landstreitkräfte und der taktischen Fliegerkräfte der europäischen Staaten sowie der in Europa stationierten entsprechenden Kräfte und Mittel der USA und Kanadas wesentlich zu reduzieren. Gleichzeitig mit den konventionellen Rüstungen sollten auch die nuklearen Rüstungen operativ-taktischer Bestimmung



mit einer Reichweite (Aktionsradius) bis 1000 km abgebaut werden.“

Als geographischer Reduzierungsraum wurde das Territorium vom Atlantik bis zum Ural vorgeschlagen. Die Reduzierung soll, so der Vorschlag, schrittweise, in abgestimmten Zeiträumen und bei ständiger Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau, erfolgen, ohne daß die Sicherheit irgendeiner Seite beeinträchtigt würde.

Als erster Schritt soll die Truppenstärke des Warschauer Vertrages und der NATO innerhalb von ein bis zwei Jahren um 100 000 bis 150 000 Mann auf jeder Seite verringert werden. Dabei wäre die Reduzierung der taktischen Fliegerkräfte von besonderer Bedeutung. Anfang der 90er Jahre würden dadurch die Landstreitkräfte und taktischen Fliegerkräfte in Europa um etwa 25 Prozent des heutigen Niveaus gekürzt werden. Eine solche Reduzierung würde die einander gegenüberstehenden Streitkräftegruppierungen der NATO und des Warschauer Vertrages in Europa um mehr als eine Million Mann verringern und ein entscheidender Schritt zur Entspannung sein.

UdSSR jederzeit zu Verhandlungen über Teststopp bereit

Seit dem 6. August 1985 hat die UdSSR ihr einseitiges Moratorium für nukleare Explosionen strikt eingehalten, und sie ist auch bereit, sich weiter verbindlich daran zu halten, vorausgesetzt, die USA unternehmen nach Ablauf des sowjetischen Moratoriums am 1. Januar 1987 keine neuen Kernexplosionen.

In der am 19. Dezember 1986 veröffentlichten „Erklärung der Regierung der UdSSR zum Moratorium für nukleare Explosionen“ heißt es: „Die Sowjetunion

schlägt erneut vor, unverzüglich mit umfassenden Verhandlungen über ein vollständiges Verbot der Nukleartests zu beginnen. Sie ist bereit, solche Verhandlungen in jedem Gremium und auf jedem Forum, natürlich unter Beteiligung der Vereinigten Staaten, zu führen.“

Die Sowjetunion wäre auch bereit, „im Prozeß der Verhandlungen über ein vollständiges Verbot der nuklearen Explosionen auch eine schrittweise Lösung dieser Aufgabe zu vereinbaren ...“.

Darüber hinaus wird die Sowjetunion - wenn die USA ihre Tests einstellen - „an jedem beliebigen Tag und in jedem beliebigen Monat bereit sein, auf der Basis der Gegenseitigkeit die Realisierung ihres Programms für solche Tests zu stoppen“.

Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben auf ihrem Gipfeltreffen in Budapest vorgeschlagen bzw. unterstützt die Vorschläge anderer europäischer Länder, auf dem Balkan, in